

ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Leichtfried, Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber, Bader, Gartner, Edlinger, Mag. Hackl, Dr. Michalitsch, Ing. Pum und Ing. Rennhofer

betreffend Verhinderung der Inbetriebnahme des slowakischen Atomkraftwerkes Mochovce 3 und 4 sowie Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe

Noch heuer will die slowakische Regierung den Atomreaktor „Mochovce 3“ in Betrieb nehmen. Reaktor „Mochovce 4“ soll im Jahr 2013 folgen. Baubeginn der Reaktoren 3 und 4 in Mochovce war 1986. Es kommen Druckwasserreaktoren vom sowjetischen Typ WWER-440/213 zum Einsatz - sie zählen heute zu den weltweit unsichersten Reaktoren.

Aus Geldmangel wurde der Bau der Reaktoren 3&4 in den 1990ern eingestellt. Erst im Jahr 2008 wurden die Arbeiten fortgesetzt. Wenn Reaktor 3 also heuer ans Netz geht, sind manche Bauteile bereits 26 Jahre alt. So ist bemerkenswert, dass Mochovce 3 und 4 die ersten kommerziellen Atomreaktoren in der EU sein werden, die ohne Volldruck-Containment ans Netz gehen werden.

Das Land Niederösterreich ist von Beginn an entschieden gegen dieses Atomkraftwerksprojekt aufgetreten:

1. Am 24. Jänner 2008 hat der Landtag von Niederösterreich den Resolutionsantrag LT-992/B-3 „UVP-Verfahren KKW Mochovce“ zum Beschluss erhoben und eine Parteienstellung der Republik Österreich verlangt.
2. Im Rahmen der Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) hat das Land Niederösterreich am 6. Oktober 2009 eine Stellungnahme abgegeben, in der auf erhebliche Sicherheitsmängel hingewiesen wurde.

3. In Folge hat das Land Niederösterreich Beschwerde bei der EU - Kommission gegen die Slowakische Republik wegen nicht Beachtung von Gemeinschaftsrecht in Zusammenhang mit dem AKW Mochovce erhoben.
4. Am 19. November 2009 hat der Landtag von Niederösterreich den Resolutionsantrag LT-343/B-42 betreffend „NÖ Position zur Anti-Atom-Politik“ zum Beschluss erhoben.
5. Am 14. April 2011 hat der Niederösterreichische Landtag mit dem Antrag Ltg.-808-1/A-3/59-2011 einen raschen Ausstieg der Slowakei aus der Energiegewinnung mit Kernkraftwerken gefordert.

Darüber hinaus hat das Amt der NÖ Landesregierung eine Studie zu Sicherheitsfragen des AKW-Projekts in Auftrag gegeben, welche gravierende Sicherheitsmängel aufzeigt. Studienautor und Leiter des Institutes für Risikoforschung Ao.Univ.Prof.i.R. Dr. Wolfgang Kromp weist neben dem fehlenden Volldruck-Containment auf zwei weitere grobe Mängel hin: Die Abklingbecken für die verbrauchten Brennstäbe sind wie bei den Fukushima-Reaktoren außenliegend und ungeschützt. Zudem ist die Erdbebensicherheit noch ungeklärt.

Deshalb ergeben sich für das Bundesland Niederösterreich folgende klare Eckpunkte für die Energie- und Energiesicherheitspolitik:

- Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die Sicherheitsmängel an den Reaktoren im Atomkraftwerk Mochovce weiter untersucht und behoben werden und die Inbetriebnahme aufgeschoben oder ganz verhindert wird.
- Das Bundesland Niederösterreich wird weiterhin klar für einen geordneten und raschen Ausstieg Europas aus der Atomkraft eintreten.
- Es sind legislative Lenkungseffekte zu schaffen, um Atomstrom österreichweit gesichert und nachhaltig aus den Netzen zu verdrängen.

- Das Bundesland Niederösterreich wird gemäß „NÖ Energiefahrplan 2030“ die Effizienz beim Energieeinsatz steigern und die Erzeugung aus Erneuerbarer Energie weiter ausbauen.

Zu einem Lenkungseffekt zur Verdrängung von Atomstrom ist eine Neuregelung der Elektrizitätsabgabe dringend erforderlich. Die österreichische Elektrizitätsabgabe hat in ihrer aktuellen Form keinen Lenkungseffekt. Unabhängig von der Herkunft des Stroms, wird vom Netzbetreiber eine Abgabe von 1,5 ct je kWh eingehoben und an den Bund abgeführt. Die zu Grunde liegende EU-Richtlinie 2003/96/EG lässt hier wesentlich mehr Spielraum zu.

Mit einer Anpassung, sprich Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe kann Ökostrom günstiger gemacht werden. Im Gegenzug dazu würde bei Atomstrom eine Annäherung an die „wahren Kosten“ erreicht werden. Diese Maßnahme wäre ein klares Zeichen und ein Anreiz zum Kauf von „grünem Strom“.

Es ist als gegebene Tatsache anzusehen, dass das AKW Mochovce wie auch alle anderen europäischen Atomkraftwerke maßlos unterversichert ist. Mit einer Haftungssumme von rund 90 Mio. für alle slowakischen AKW würde Österreich im Schadensfall auf der Strecke bleiben. Die derzeit für den Fukushima-Unfall geschätzten Kosten liegen bei ca. 300 Mrd. In Japan hat sich der Betreiber Tepco letztendlich aus der Verantwortung gestohlen und die Republik trägt den Großteil der Schäden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern,

- bei der slowakischen Regierung dafür einzutreten, dass alle offenen Fragen betreffend der nun vorliegenden Sicherheits-Studie aus Niederösterreich zu

Mochovce 3 und 4 lückenlos beantwortet werden,

- alle rechtlichen Schritte wahrzunehmen, um die Inbetriebnahme von Mochovce 3 und 4 zu verhindern,
- mit Nachdruck auf europäischer Ebene für einen geordneten und raschen Ausstieg Europas aus der Atomkraft einzutreten,
- die Elektrizitätsabgabe dahingehend anzupassen, dass sich ein Lenkungseffekt weg von Atomstrom hin zu „grünem Strom“ ergibt. Mit der „Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe“ sollen die Kosten für Ökostrom gesenkt werden und im Gegenzug mehr „Kostenwahrheit“ bei Strom aus fossiler und atomarer Erzeugung erreicht werden,
- sich für ausreichend hohe Versicherungssummen und somit für eine adäquate Haftung der AKW-Betreiber einzusetzen.“